

Pressemitteilung 15/2020

Halle (Saale), den 6. August 2020

IWH-Insolvenztrend: Entwicklung setzt sich fort – immer mehr Beschäftigte von Insolvenzen betroffen

Im Juli waren in Deutschland mehr als dreimal so viele Jobs von Unternehmensinsolvenzen betroffen wie im Durchschnitt der ersten Monate dieses Jahres. Auch gegenüber dem Vormonat ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Anzahl der Firmenpleiten ist dagegen erneut leicht gesunken. Das Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) liefert mit dem IWH-Insolvenztrend ein monatliches Update zum bundesweiten Insolvenzgeschehen.

Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen ist im Juli erneut leicht gesunken. Laut IWH-Insolvenztrend wurden im vorigen Monat 895 Personen- und Kapitalgesellschaften in Deutschland als insolvent gemeldet. Das waren etwa 3% weniger als im Vormonat Juni und 11% weniger als im Juli 2019. Wie bereits im Vormonat ist jedoch die Anzahl der betroffenen Arbeitskräfte deutlich gestiegen, was auf eine zunehmende Zahl von Großinsolvenzen zurückzuführen ist. Die Analyse des IWH zeigt, dass die 10% der Unternehmen mit den meisten Beschäftigten, deren Insolvenz im Juli gemeldet wurde, insgesamt 23 600 Personen beschäftigen. Gegenüber den ersten Monaten des Jahres, in denen jeweils rund 6 700 Personen in den Top 10% beschäftigt waren, hat sich die Anzahl der betroffenen Beschäftigten damit mehr als verdreifacht. Auch gegenüber dem Vormonat ist die Anzahl der Arbeitskräfte in den Top 10% mit ca. 76% deutlich gestiegen.

ohne Sperrfrist

Pressekontakt
Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

Ansprechpartner
Steffen Müller
Tel +49 345 7753 708
smu@iwh-halle.de

Politische Ressorts
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie (BMWi), Bundes-
ministerium der Finanzen,
Bundeskanzleramt

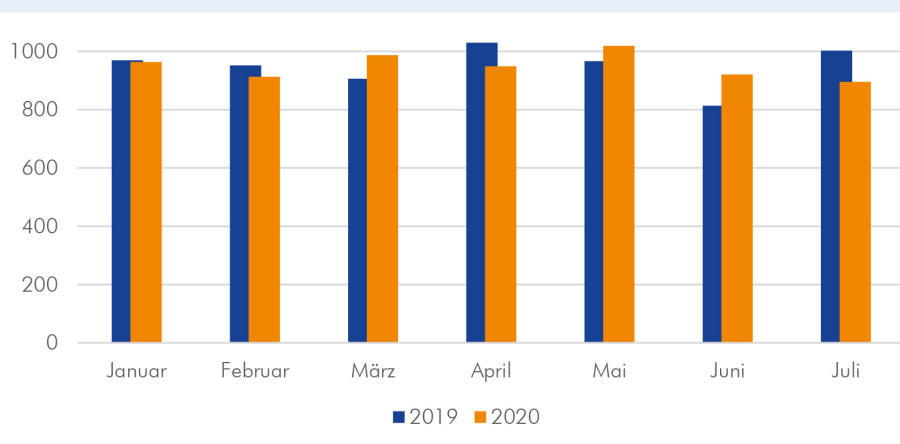
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle e. V.
(IWH)
Tel +49 345 7753 60
Fax +49 345 7753 820

Kleine Märkerstraße 8
D-06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61
D-06017 Halle (Saale)

www.iwh-halle.de

Abbildung 1
IWH-Insolvenztrend

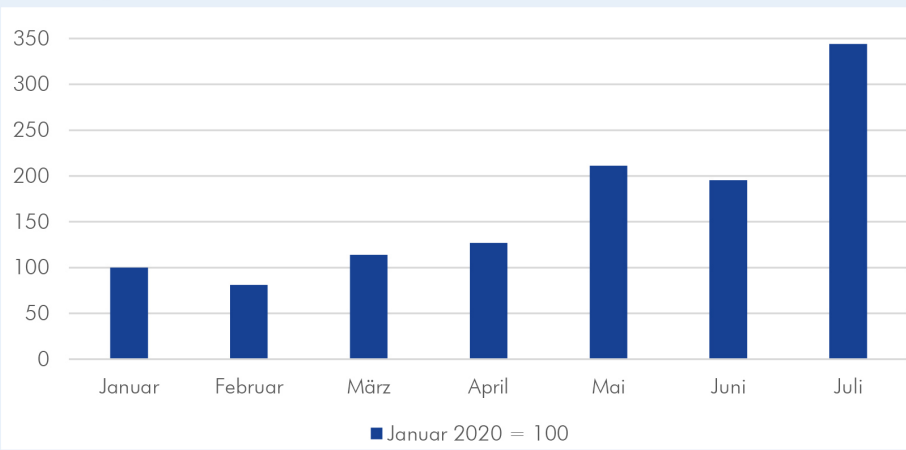


Anmerkung: Insolvenzen in Deutschland von Unternehmen mit Handelsregistereintrag.

Quellen: Bekanntmachungen der Insolvenzgerichte; Darstellung des IWH.

Der Trend hin zu mehr Großinsolvenzen und damit mehr betroffenen Beschäftigten bei einer gleichzeitig leicht rückläufigen Anzahl von Firmenpleiten hat sich bereits in den letzten Monaten angedeutet. „Deshalb ist die reine Anzahl der Insolvenzen zurzeit als ökonomischer Indikator zur Abbildung der Folgen der Coronakrise nicht gut geeignet“, sagt Steffen Müller, Leiter der IWH-Abteilung Strukturwandel und Produktivität und der dort angesiedelten Insolvenzforschungsstelle. Vielmehr müsse man die Anzahl der betroffenen Jobs im Auge behalten. Sobald die bis zum 30.09.2020 teilweise ausgesetzte Insolvenzantragspflicht wieder vollständig greift, dürfte jedoch auch die Anzahl der gemeldeten Unternehmensinsolvenzen wieder steigen.

Abbildung 2
Beschäftigtenzahlen



Anmerkung: Beschäftigte in den 10 Prozent der größten insolventen Unternehmen. Index Januar 2020 = 100. Insolvenzen in Deutschland von Unternehmen mit Handelsregistereintrag.
Quellen: Bekanntmachungen der Insolvenzgerichte; Darstellung des IWH.

Deutlich schneller als die amtliche Statistik liefert der IWH-Insolvenztrend des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) jeden Monat einen belastbaren Befund zum bundesweiten Insolvenzgeschehen für Personen- und Kapitalgesellschaften. Die Ergebnisse weisen nur geringfügige Abweichungen von den amtlichen Zahlen auf, die mit etwa zwei Monaten Zeitverzug eine umfassende Einschätzung der Lage erlauben. Der IWH-Insolvenztrend ist deshalb ein verlässlicher Frühindikator. Für seine Analysen wertet das IWH die aktuellen Insolvenzbekanntmachungen der deutschen Registergerichte aus und verknüpft sie mit Bilanzkennzahlen betroffener Unternehmen. Zwischen der Insolvenzantragsstellung und der Bekanntmachung der Eröffnungsentscheidung durch die Gerichte können Wochen und Monate liegen. Deshalb betreffen die Insolvenzbekanntmachungen im Juli einige Unternehmen, die ihre Zahlungsunfähigkeit schon im Frühjahr angezeigt hatten. Dank seiner langjährigen Expertise, gebündelt in der IWH-Insolvenzforschungsstelle, gehört das Institut bundesweit zu den führenden Einrichtungen auf diesem Themengebiet.

Mehr zur IWH-Insolvenzforschungsstelle und zur Methodik hinter dem IWH-Insolvenztrend: www.iwh-halle.de/insolvenzforschung

Wissenschaftlicher Ansprechpartner

Professor Dr. Steffen Müller
Tel +49 345 7753 708
Steffen.Mueller@iwh-halle.de

Dr. Daniel Fackler
Tel +49 345 7753 862
Daniel.Fackler@iwh-halle.de

Pressekontakt

Rafael Barth
Tel +49 345 7753 832
presse@iwh-halle.de

 Das IWH auf Twitter

 Das IWH auf Facebook

Die [IWH-Expertenliste](#) bietet eine Übersicht der IWH-Forschungsthemen und der auf diesen Gebieten forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Die jeweiligen Experten für die dort aufgelisteten Themengebiete erreichen Sie für Anfragen wie gewohnt über die [Pressestelle des IWH](#).

Die Aufgaben des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) sind die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und wirtschaftspolitische Beratung auf wissenschaftlicher Basis. Das IWH betreibt evidenzbasierte Forschung durch eine enge Verknüpfung theoretischer und empirischer Methoden. Dabei stehen wirtschaftliche Aufholprozesse und die Rolle des Finanzsystems bei der (Re-)Allokation der Produktionsfaktoren sowie für die Förderung von Produktivität und Innovationen im Mittelpunkt. Das Institut ist unter anderem Mitglied der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die halbjährlich Gutachten zur Lage der Wirtschaft in der Welt und in Deutschland für die Bundesregierung erstellt.

Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft. Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 selbstständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Weitere Informationen unter www.leibniz-gemeinschaft.de.